

Thomas Feltes

Impulsvortrag: Transdisziplinäre Sicherheitsforschung zwischen Feigenblatt-Funktion und Nachhaltigkeit. Kritische Thesen aus sozialwissenschaftlicher Sicht.

Transdisziplinäre Sicherheitsforschung - Feigenblatt oder großer Wurf zur Sicherung der Zukunft unseres Landes?

Vorbemerkungen zur wissenschaftlichen Einordnung:

1. Die Herstellung von ‚innerer Sicherheit‘ ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenhangs lokaler, regionaler und überregionaler Praktiken.
2. Neben Deregulierungsprozessen sind auch Tendenzen für umfassende und neue Formen der Regulierung zu verzeichnen. Staatliche Sicherheitsaufgaben werden gesellschaftlich neu verteilt. Damit geht einher, dass Gesetzgebung im zunehmenden Maße auch „tentativen“ Charakter hat, um auf wechselnde Verhältnisse schnell reagieren zu können.
3. Dabei spielt die Mediatisierung nicht nur für die Verbreitung symbolischer Politik eine Rolle, sondern sie wird genutzt, um Institutionalisierungen und Veränderungen zu legitimieren und durchzusetzen.
4. Dies bringt eine neue Form öffentlicher Ordnung hervor. Aus der „Behütungsutopie“ wird das „Steuerungsparadigma“.
5. Der Staat mit seinen Mitteln der physischen Gewaltsamkeit und Sozialkontrolle, seinem Verwaltungsstab und seinen Legitimitätsansprüchen (Weber) verschwindet gleichwohl nicht einfach, er bleibt Akteur.¹

Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass wir uns vergegenwärtigen, wo wir eigentlich in Sachen Sicherheitsforschung stehen. Vor allen Dingen, wo steht die Sozialwissenschaft in diesem Bereich und welche Rolle spielt der Staat, welche Rolle spielt die Gesellschaft und wie wirkt das insgesamt zusammen?

In der Vorbereitung des Vortages habe ich mich natürlich mit der Website des Auftraggebers, des Geldgebers, des Veranstalters, des Sponsors dieser Veranstaltung beschäftigt, und habe dort die Forschungslandkarte gesucht – und nach einigen Problemen auch gefunden: <http://www.bmbf.de/de/13162.php> Dort präsentieren sich im Bereich "Forschung" über 400 deutsche, in der zivilen Sicherheitsforschung aktive Institutionen mit ihren Profilen. Auf der Plattform vertreten sind beispielweise Unternehmen, Hochschulen, Forschungsinstitutionen, Verbände und Netzwerke sowie Behörden. Sie sind für Nutzer der Seite nach verschiedenen Kriterien - angefangen von den thematischen Schwerpunkten, der geographischen Lage der Institution bis hin zur Volltextsuche - recherchierbar. Zusätzlich bietet der neu eingerichtete Bereich "Studiengänge" eine Orientierung zu Studienmöglichkeiten rund um das Thema "Zivile Sicherheit". Es werden aktuell über 80 Studiengänge vorgestellt. http://www.securityresearchmap.de/#hide_2


¹ Quelle: Reichertz/Feltes: Polizieren und Polizeiwissenschaft. Die Herstellung und Gewährleistung innerer Sicherheit. Erscheint 2014

Um die Frage, die mir gestellt worden ist, nämlich "Wissenschaft trifft..." und dann verschiedene Bereiche, zu beantworten oder zu reflektieren kann man bei der Frage "Wissenschaft trifft..." natürlich mit der Gegenfrage antworten: Ja wen trifft man? Das ist in den ersten fünf Panels aufgelistet worden - okay. Die Frage ist, wie trifft man sich? Wo trifft man sich? Wen trifft man konkret? Einzelne Protagonisten? Trifft man Repräsentanten? Und für mich als Sozialwissenschaftler, ganz wichtig: Was ist die Folge des Ganzen?

Wichtig wäre auch die Frage: Wird das Ergebnis dieser Treffen, in irgendeiner Form evaluiert? Macht sich einer die Mühe zu fragen, was kommt denn bei diesem Treffen insgesamt heraus, wenn Wissenschaft auf Praxis oder auf Wirtschaft trifft? Und ist das, was am Ende steht, tatsächlich das, was wir uns vorgestellt haben?

In der Einladung habe ich auch einige spannende Punkte gefunden, die ich jetzt teilweise auch kommentieren möchte. Unter anderem diesen schönen Satz aus der Ausschreibung des Bundesministeriums zum Sicherheitsforschungsprogramm: „Forschungsprojekte vereinen immer Wissenschaft, Wirtschaft und Endanwender“, die „Zusammenarbeit“ ist also ein Ausschlusskriterium. Dieses Ausschlusskriterium wird ernstgenommen, wenn einer der Beteiligten z.B. der Endanwender, nicht über die nötige Qualifikation verfügt, dann wird das Projekt nicht gefördert. Es stellt sich die Frage ob das sinnvoll ist.

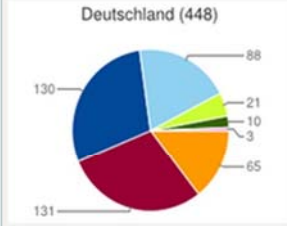
Aus der Einladung:



- Forschungsvorhaben, die im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogrammes gefördert werden, **„vereinen immer Wissenschaft, Wirtschaft und Endanwender in den Forschungsprojekten“**. **(Ausschlusskriterium!)**
- Seit 2007 sind zahlreiche Projekte initiiert worden, bereits abgeschlossen oder werden derzeit bearbeitet. Seitdem wurden über 375 Millionen Euro **„für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bereitgestellt“**.
- **Warum? Gab es eine wissenschaftliche Bedarfsanalyse? Oder war dies eine primär politische Entscheidung?**

STATISTIK

Deutschland (448)



■	65 Großunternehmen
■	131 KMU
■	130 Hochschulforschung
■	88 Forschungsinstitute
■	21 Netzwerke
■	10 Behörden
■	3 Verbände

Diese und die folgenden Abbildungen stammen von: www.securityresearchmap.de/

Zweitens sollte über diesen Satz nachgedacht werden: „375 Millionen Euro sind für die Sicherheit der Bürger/Innen bereit gestellt worden“. An wen ist das Geld geflossen? Hat das die Sicherheit wirklich erhöht? Hier mögen Zweifel berechtigt sein.

Gab es vorher eine Bedarfsanalyse, bevor dieses Programm aufgelegt wurde? Wurde gefragt, wo es Lücken in der Sicherheit gibt? Offensichtlich gab es im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 11. September solche Lücken, wobei sich die Experten eigentlich darüber einig

sind, dass die in Deutschland lebenden Tatbeteiligten nicht hätten im Vorfeld identifiziert werden können. Entsprechend haben auch die Rasterfahndungen nach dem Ereignis, die in vielen Bundesländern u.a. an Universitäten durchgeführt wurden, bis auf einige wenige Personen, die keine Aufenthaltserlaubnis hatten, keine Ergebnisse erbracht. Aber danach? Die Ereignisse „Kofferbomber“ von Dortmund und Koblenz, „Sauerlandgruppe“, der Mordanschlag am Frankfurter Flughafen 2011, die „Düsseldorfer Zelle“, der versuchten Bombenanschlag am Bonner Hauptbahnhof“ hätten – auch ex ante betrachtet – wohl kaum verhindert werden können.

Hätten wir eine Bedarfsanalyse durchgeführt, und hätten wir (oder besser: das Ministerium) gefragt, wo es Probleme in der inneren Sicherheit gibt, dann wären wir vielleicht in andere Bereiche gekommen. Zum Beispiel wären wir auf die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich gestoßen, die dazu führt, dass wir eine negative Kriminalitätsentwicklung haben und zunehmend ein Teil der Gesellschaft abgehängt wird - was nicht nur ein Sicherheits- sondern auch ein finanzielles Problem ist.

Die Entscheidung der Förderung kann - aus kritischer Sicht- als eine politische Entscheidung gesehen werden, als ein riesiges Sponsorenprogramm für die Privatwirtschaft, um wirtschaftliche Mittel auf Umwegen zu Verfügung zu stellen. Man kann auch sagen, dass von anderen sozialen Problemen - wie der sozialen Kluft- abgelenkt wird, oder von den Verwerfungen in der Gesellschaft. Wissenschaftskollegen haben mal ausgerechnet, was man mit diesen 375 Millionen Euro im Bereich Bildung machen könnte und welche positiven Auswirkungen das, zum Beispiel, auf die Kriminalitätsrate haben würde, wenn man Bildungsabschlüsse verbessern würde².

Folgende „bewilligten Verbundvorhaben“ werden auf der website (Stand Anfang Mai 2014) aufgelistet (<http://www.bmbf.de/de/12874.php>):

Szenarienorientierten Sicherheitsforschung:

"Maritime Sicherheit" (2 Vorhaben bewilligt)

"Urbane Sicherheit" (9 Vorhaben bewilligt)

"Sicherheit im Luftverkehr" (7 Vorhaben bewilligt)

"Sicherung der Lebensmittel und Lebensmittelwarenketten" (5 Vorhaben bewilligt)

"Sicherung der Warenketten" (11 Vorhaben bewilligt)

"Schutz vor Ausfall von Versorgungsinfrastrukturen" (6 Vorhaben bewilligt)

"Schutz und Rettung von Menschen" (16 Vorhaben bewilligt)

"Schutz von Verkehrsinfrastrukturen" (15 Vorhaben bewilligt)

Querschnittsorientierten Sicherheitsforschung:

"Biometrie" (3 Vorhaben bewilligt)

"Mustererkennung" (9 Vorhaben bewilligt)

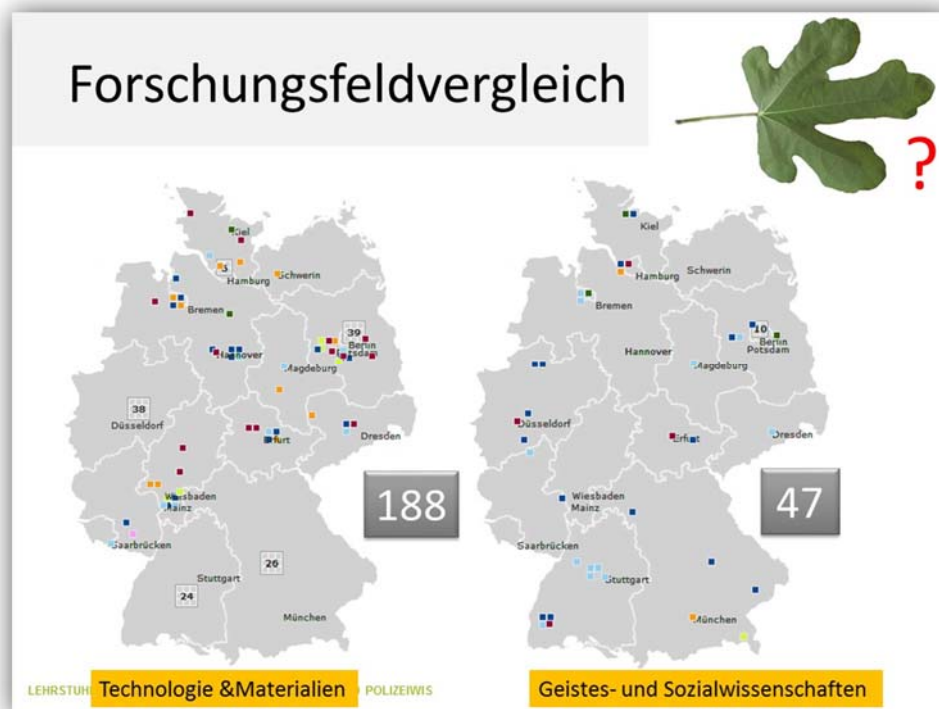
² Vgl. Entorf/Sieger: Unzureichende Bildung. Folgekosten durch Kriminalität. Bielefeld 2010 [http://www.ber-
telsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32620_33011_2.pdf](http://www.ber-
telsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32620_33011_2.pdf)

"Integrierte Schutzsysteme für Rettungs- und Sicherheitskräfte" (6 Vorhaben bewilligt)
"Detektionssysteme für chemische, biol., radiolog., nukleare und expl. Gefahrstoffe" (22)

Gesellschaftliche Aspekte der Sicherheitsforschung: 22 Vorhaben

KMU-innovativ: 21 Vorhaben

Bei genauem Hinsehen wird deutlich, dass die technologischen und technischen Fragestellungen überwiegen, obwohl das immer wieder dementiert und behauptet wurde (und wird), dass auch den sozialwissenschaftlichen Teilen entsprechendes Geld zur Verfügung gestellt wird und das diese auch beteiligt sind. Das Lesen der Themen macht deutlich, dass eine klare Richtung in Technologie und Technik/Technikfolgenlösungen vorgegeben ist. Es sind 188 Projekte im Bereich Technologie und Materialien und 48 Projekte im Bereich der Sozialwissenschaften:



Folgende Leitfragen wurden uns als Referenten gestellt:

1. Ist Sicherheit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe?
2. Wie sieht die Zukunft der transdisziplinären Sicherheitsforschung in Deutschland aus?
3. Wo liegen Möglichkeiten, Anforderungen, Grenzen und Realitäten der gemeinsamen Forschungsarbeit?
4. Was kann und muss sich zukünftig ändern?
5. Kommunizieren Forschungsprojekte ihre Forschungsergebnisse inter-disziplinär“, d.h. über die respektive Zielgruppe hinaus?
6. Sicherheit als gemeinsame Aufgabe – sollte es einen gesamtgesellschaftlichen Dialog geben?
7. Welche Rolle nehmen hier die einzelnen Akteure in dem Prozess ein? Welche Aufgabe

hat die Politik?

8. Wie sollte die Zukunft der transdisziplinären Sicherheitsforschung aussehen?

Einige dieser Leitfragen möchte ich im Folgenden aufgreifen.

1. Sicherheit als eine Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Aber natürlich- was soll es sonst sein? Sicherheit kann nur insgesamt hergestellt werden, es kann nicht nur ein Akteur leisten. Es muss eine Kooperation geben. Meine Kritik: Es läuft viel nebeneinander und nicht miteinander. Wer legt die Ziele fest in welche Richtung es gehen soll und mit welchen Mitteln das stattfindet? Zitat aus der Einladung: „Neben (!) dem Staat, „traditionell verantwortlich für die Sicherheitsgewährleistung“ (vgl. Daase (2013)) vertreten heute weitere Akteure die Sicherheit, die mitbestimmen, bzw. eine neue Sicherheitskultur konstruieren. Verstanden als „Die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen (!) und Individuen [...], die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist (! – für wen???) und wie und mit welchen Mitteln (!) dieser Gefahr begegnet werden soll“ (Daase (2010)). (*Hervorhebungen von mir*).

2. Gesamtgesellschaftlicher Dialog

Auch hier: ja natürlich muss es den geben – aber: wer beteiligt sich? Beteiligen sich auch die Abgehängten daran - wohl kaum. Beteiligen sich deren Vertreter daran? Vertritt die Politik die Interessen aller?- Angesichts der Lage wie Mittel in der Gesellschaft verteilt werden? Krise der Sicherheit!? Haben wir wirklich eine Krise in der Sicherheit? Ja, es gab technologischen Nachholbedarf z. B: in der Katastrophenhilfe. Aber von einer Krise zu reden ist etwas überzogen.

3. Welche Rolle nehmen die einzelnen Akteure in diesem Prozess ein?

Gemeinsame Aufgabe - haben wir denn auch gemeinsame Werte, gibt es einen gemeinsamen Konsens? Wer bestimmt diesen Wert. Wer sagt, für wen Sicherheit und welche Form von Sicherheit wichtig ist? Was ist mit sozialer Sicherheit, die für viele in dieser Gesellschaft nicht mehr gewährleistet ist. Wer setzt sich dafür ein? Wer bestimmt was moralisch ist? "Wertebasierten, Moralisch beeinflussten, Gesellschaftlicher Aushandlungsprozess". Das sind Ansprüche, die eher in die Kirche gehören als in Publikationen. Letztendlich geht es um Macht und Entscheidungen die getroffen werden, wenn es um die Mittelvergabe geht. Dem entsprechend ist die Zukunft des Transdisziplinären (ich bin mir bewusst, dass auch ich mich in diesem „Graufeld“ bewege) im Grunde genommen ein aussichtsloses Unterfangen, weil jeder dafür sorgen muss seinen eigenen Lehrstuhl oder sein eigenes Institut zu finanzieren, gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen (von denen man in diesem Forschungsbereich im Übrigen wenig spürt).

Wo liegen die konkreten Möglichkeiten? Wo liegen die Chancen, Risiken und Nebenwirkungen? Eine davon ist die transdisziplinäre Sprachverwirrung: Bevor Vertreter unterschiedlicher Disziplinen wirklich zusammenarbeiten können, müssen sie sich erst einmal auf eine gemeinsame Sprache verständigen. Was sich so einfach anhört, ist komplex: Es ist nicht nur die Begrifflichkeit, welche die Disziplinen voneinander trennt, sondern vor allem das wissenschaftli-

RUB

7. Welche Rolle nehmen hier die einzelnen Akteure in dem Prozess ein? Welche Aufgabe hat die Politik?

Zitate aus der Einladung (Hervorh. wieder von mir):

*„Sicherheit als gemeinsame, gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist hierbei Gegenstand eines **wertebasierten und moralisch beeinflussten gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses**“.*

„Unterschiedlichste Akteure aus der Anwendung, der Wirtschaft und insbesondere den unterschiedlichen Disziplinen der Wissenschaft haben sich in Forschungsprojekten und -verbänden unter dem gemeinsamen Ziel „Sicherheitsforschung zu betreiben“ zusammengefunden“.

„Anwender, Endnutzer, große und kleine Unternehmen, Behörden und politische Entscheider sind Partner im wissenschaftlichen Erkenntnisprozess“.

Wer bestimmt die Werte? Wer die Moral? Wer leitet den Aushandlungsprozess? **Stichwort: Macht!**

Ist Wissen Macht?

Bedeutet Macht Wissen?

LEHRSTUHL FÜR KRIMINOLOGIE, KRIMINALPOLITIK UND POLIZERWISSENSCHAFT

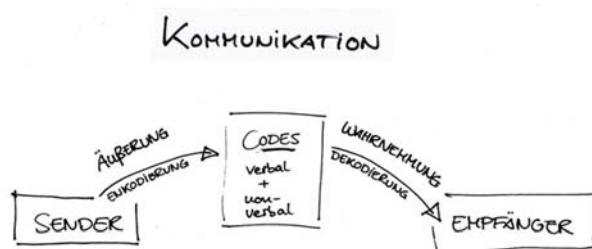


che Grundverständnis, die jeweilige Fachkultur sowie die Stammesverfasstheit der jeweiligen Wissenschaftszünfte. Um ein Beispiel zu nennen: Stellt ein Kriminologe einen Antrag, der sich z.B. mit einem Grenzbereich polizeilichen Handelns beschäftigt (Polizeigewalt, Verdachtsgewinnung etc.) und der (mangels eigener kriminologischer Gutachter) von einem Juristen und einem Soziologen begutachtet wird, dann kritisiert bspw. der Jurist die „zu geringe normative Verortung“ des Antrages (sprich: er ist ihm nicht juristisch genug) und der Soziologe mäkelte an den Methoden (und der schwachen Theorieorientierung – „ist das jetzt Bourdieu oder Foucault“?) herum.

Es wird viel über Kommunikation gesprochen - auch hier wird kommuniziert. Leider ist es oft nur Einwegkommunikation. Es ist wichtig, aber man darf sich nicht in dieser Kommunikation verlieren, sondern muss sich auch die Frage stellen, woher kommt der Ausgangspunkt, auf den man sich zubewegt und wo möchte man hin? In welcher Art und Weise wird kommuniziert? Was sind die Codes? Verbal und Non-Verbal? Sind die kompatibel, oder gibt es Probleme? Jeder, der in einem interdisziplinären Projekt arbeitet, weiß, wovon ich rede. Es wird schwierig, zu kommunizieren unter den Wissenschaften. Auch die Frage, wie kommuniziert man Ergebnisse? Ergebnisse müssen viel stärker in die Öffentlichkeit transportiert werden. Es muss klar werden wohin das Geld gegangen ist und was damit bewirkt und verändert worden ist.

3. Wo liegen Möglichkeiten, Anforderungen, Grenzen und Realitäten der gemeinsamen Forschungsarbeit?

„Wissenschaft und Praxis tun sich jedoch bisweilen schwer (...). Die Praxispartner werden allzu oft als Datenlieferanten verstanden; der Wissenschaft werden Kommunikationsschwierigkeiten und ein Verstecken hinter Fachtermini vorgeworfen. Erfahrungswissen und wissenschaftliches Wissen stehen eher in Konkurrenz, denn in integrativer Synergie. Ein Kernelement, um diese Hürden zu überwinden, ist die **Kommunikation**.



LEHRSTUHL FÜR KRIMINOLOGIE, KRIMINALPOLITIK UND POLIZEIWISSENSCHAFT

Wie soll die Zukunft aussehen?

Die Verfasstheit der Gesellschaft sollte stärker in Betracht gezogen werden. Ist Vertragsschluss eine Lösung für Kriminalität? Je mehr sozialer Zusammenhalt in der Gesellschaft, desto weniger Kriminalität? Sollten wir die Vertragsfähigkeit der Bürger/Innen in der Gesellschaft stärken? Die Frage dabei ist, ob die "Problemgruppen" die Mittel haben sich an diesen vertraglichen Austausch zu beteiligen.

Wo liegen Anforderungen, Möglichkeiten und Grenzen der gemeinsamen Forschungsarbeit sowie welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten für die Gesellschaft haben die Akteure? Brauchen wir einen gesamtgesellschaftlichen Dialog über Sicherheit?

Abschließende Thesen

Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch eine Neuverteilung staatlicher Sicherheitsaufgaben. Der Staat übergibt zunehmend Aufgaben an private Unternehmen, NGOs, Vereine und Bürger (auch an Forscher?), ohne dass er sich aus dem Prozess der Herstellung von Sicherheit und Sicherheitsgefühl völlig zurückzieht.

Die politische Steuerung erfolgt aber vermehrt durch Delegation von Aufgaben an ein Netzwerk von Akteuren „im Schatten der Hierarchie“. Im Hinblick auf mit heißer Nadel gestrickte rechtliche Regelungen ist eine zunehmende „Flüchtigkeit der Gesetzgebung“ zu beobachten.

Insgesamt haben wir es daher mit einer Hybridisierung staatlicher und privater Sicherheitspolitik zu tun.